

Verbände warnen vor Schieflage des kantonalen Lohnsystems

Der Gegenvorschlag der Kommissionsmehrheit des Basler Parlaments zum Lohnmassnahmenpaket stösst auf Kritik.

Nora Hoffmann

Die Personalunterbestände im Basler Polizeikorps sind unter anderem den teils tieferen Löhnen als in anderen Kantonen geschuldet. Der Grosse Rat will diese Ungleichbehandlung mit einem Massnahmenpaket ändern. Die Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) des grossen Rates kam denn in ihrem Bericht zum Schluss, dass betreffend Lohnmassnahmen bei der Polizei dringender Handlungsbedarf bestehe. Wie die WAK in einer Medienmitteilung schrieb, unterstützt die gesamte Kommission Mass-

nahmen zugunsten der Kantonspolizei, etwa höhere Ausbildungslöhne, eine zusätzliche Erfahrungsstufe sowie neue Zulagen.

In anderen Punkten betreffend Löhne von Staatspersonal ist die Kommission gespalten. Die WAK-Mehrheit will die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Lohnerhöhungen für alle Staatsangestellten deutlich abschwächen. Statt einer breiten Anhebung der Einstiegslohne soll diese nur für die tiefsten Lohnklassen gelten. Gleichzeitig will die Mehrheit zusätzliche gezielte Massnahmen für die Polizei einführen, etwa eine

Aussendienstzulage oder bessere Bedingungen für Quereinsteigende. So äusserte sie sich im vor zwei Wochen publizierten Bericht. Wird das Geschäft als dringlich erklärt, wird der Bericht voraussichtlich an der Grossratsitzung vom 22. April behandelt.

Nun hat sich diese Woche die Arbeitsgemeinschaft der baselstädtischen Staatspersonalverbände (AGSt) an die Mitglieder des Grossen Rates gewandt. Das Schreiben, das der bz vorliegt, enthält eine Abstimmungsempfehlung: Ja zur dringlichen Behandlung und die Verbände unterstützen den Antrag der

Kommissionsminderheit, der dem Ratschlag des Regierungsrates entspricht. Entsprechend plädieren sie für Ablehnung des Antrags der Kommissionsmehrheit, sprich den Gegenvorschlag der WAK.

Mit den vorgeschlagenen Massnahmen des Regierungsrates zeigen sich die Verbände zufrieden. Auch der mitunterzeichnende Polizeibeamtenverband von Basel-Stadt unterstützt das Massnahmenpaket des Regierungsrates.

Die Verbände kritisieren am WAK-Gegenvorschlag, dass so mit gravierenden Änderungen «das gesamte kantonale Lohn-

system in Schieflage gerät». Die Arbeitgeberattraktivität des Kantons Basel-Stadt werde dadurch gesenkt. «Zudem würden verschiedene Berufsgruppen innerhalb des Kantons ungleich behandelt und gegeneinander ausgespielt.»

Fehlender Einbezug der Sozialpartner

Das vom Regierungsrat vorgeschlagene Massnahmenpaket entspreche «einem sorgfältig ausgehandelten Kompromiss zwischen dem Arbeitgeber Basel-Stadt und seinen Sozialpartnern unter Mitberücksichtigung der aktuellen politischen Vor-

stösse». Der Gegenvorschlag hingegen sei ohne sozialpartnerschaftlichen Einbezug erarbeitet worden.

Die dort neu vorgeschlagene Konkurrenzklausele im Personalgesetz «schwächt faktisch die lohnmassige Arbeitgeberattraktivität des Kantons», so die Verbände. Basel-Stadt stehe grundsätzlich im Wettbewerb mit verschiedenen Arbeitgebern, seien sie staatlich oder privat. «Die Bestimmung der Anstellungsbedingungen beim Kanton ist jedoch Aufgabe der politischen Entscheidungsträger in Regierung und Parlament unter Einbezug der Sozialpartner.»